



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wütschke: Die englische Umklammerung Europas

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

dem Gegner, anscheinend vom dicken Nebel begünstigt, durch Überraschung gelungen, uns ähnlich wie im April 1917 bei Arras und im November vorigen Jahres bei Cambrai bis zu einem gewissen Grade über den Haufen zu rennen. Sind bei solchen Stößen auch meist die Verluste an Gefangenen und eingebautem Material groß, so bliebe die Schlappe doch nur ein kriegerisches Mißgeschick von örtlichen Ausmaßen, selbst wenn es den Engländern gelungen sein sollte, in mehr als zehn Kilometer Breite in unsere Linien einzudringen. Ich bin überzeugt, und jeder, der einmal im Westen gekämpft hat, wird es bestätigen, daß der Schaden schon repariert sein wird, wenn diese Zeilen sich in den Händen meiner Leser befinden. Zum Siegen gehört Geduld.



## Die englische Umflammerung Europas

Von Dr. Wütschke

„Das Kriegsziel Englands ist, planmäßig ganz Europa zu umflammern. . . . Es kann nicht oft und laut genug betont werden, daß England nicht um Elsaß-Lothringen willen, sondern für eigene Interessen um die politische und wirtschaftliche Knechtung Europas kämpft.“

Bayer. Ministerpräsident von Dandl,  
31. 7. 18, Kammer d. Abgeordn.



n England und Nordamerika bejubelt man den engen Zusammenschluß der beiden angelsächsischen Mächte mit dem Wunsche, daß aus ihm ein festes Bündnis aller englisch-sprechenden Völker erwachsen möge, zum „Heil der Menschheit, zum Schutz der Freiheit der Welt und der Sicherstellung der Gerechtigkeit unter den Völkern“. Ich habe bereits in diesen Blättern (Nr. 44, 1917) darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige britisch-amerikanische Bündnis zunächst zwar die gemeinsame Knebelung und Ausbeutung der Welt durch das Angelsächsentum sich zum Ziel gesetzt hat, daß aber dieser Zusammenschluß notwendigerweise den Keim ernstester Konflikte in sich trägt, weil sich die Machtansprüche beider Staaten in einzelnen Gebieten der Erde gegensätzlich berühren. Vor allem im amerikanischen Mittelmeer steht der jetzt schärfer als je hervortretende Imperialismus der Union dem britischen am schroffsten gegenüber. Der usamerikanische\*) wird niemals wieder, so lange die Union eine Großmacht ist, aus diesem Gebiet weichen, das er immer mehr zum Kerngebiet seiner Weltmachtstellung auszubauen bestrebt ist (in neuester Zeit kennzeichnen nach dem Ankauf Dänisch-Westindiens die Gerüchte vom Kauf Niederländisch-Guayanas und der Inseln die weitere Richtung seines Auswirkens); die Briten dagegen werden ihre vorzügliche Machtstellung, die sie mit Jamaika und der atlantischen Inselsperrlinie vor der amerikanischen Küste von Kanada über die Bermuda, die Bahama und die kleinen Antillen bis Britisch-Guayana besitzen, niemals aufgeben, wenn sie nicht das starke gleichmäßige Netz ihrer Stützpunkte auf dem Erdball an einer bedeutsamen Stelle zerreißen wollen.

Und doch! So laut heute gerade von der britischen Insel aus die angelsächsische Verbrüderung aller Welt eindringlich verkündet und gepriesen wird: die britische Politik wird sich niemals durch Stimmungen, die im gegenwärtigen Augenblick das britische politische Empfinden allein zu beherrschen scheinen, beirren lassen. Man ist sich an maßgebender Stelle durchaus im klaren, daß die britische Machtstellung weder in Kanada, noch um das Karibische Meer dem usamerikanischen

\*) U. S. = United States of Amerika.

Imperialismus auf die Dauer ebenbürtig wird die Spitze bieten können. Seit die Union um die Jahrhundertwende zielbewußt zum Imperialismus einschwenkte, ist auf der Westseite der Erde nicht mehr England die allein gebietende Macht. Man rechnet zweifellos damit, daß eine Zeit kommen könnte, in der die britische Flagge vom amerikanischen Festland und ihrer nahen Inselwelt gänzlich vom Sternenbanner verdrängt werden könnte.

Daher tritt immer klarer als nächstes Ziel der britischen Weltpolitik die Stärkung seiner europäischen Stellung, oder besser: seiner Stellung auf der Ostseite (einschließlich Australien) hervor. Es scheint fast so, als ob die „planetarische“ Politik mehr und mehr zu einer osthemisphärischen sich verengere, in dem Bestreben, durch diese Konzentration der Kräfte die während des Krieges hart bedrohte Weltstellung von neuem zu stärken und zu festigen. Der Indische Ozean und die europäische Atlantik sind die Angelpunkte dieser neuorientierten britischen Weltpolitik. In einer möglichst engen und festen Verknüpfung des „Indiamerreiches“ und des nordatlantischen Machtgebietes beruht die Stärkung der britischen osthemisphärischen Machtstellung.

Das Machtgebiet um den Indischen Ozean mit seinen drei Eckpfeilern in Australien, Indien und Südafrika zu stärken und seine gesicherte Verbindung mit dem Herz des Weltreiches, dem britischen Mutterland, dauernd zu gewährleisten, war seit der Politik Disraelis im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts der Kern der britisch-ozeanischen Weltpolitik. Ihre gegenwärtige festländische Richtung ist das neue Moment, das dem gleichen Zwecke dienen soll.

Beides zusammen bedeutet aber nichts anderes als eine britische Umklammerung Europas, als einen Versuch der Ausschaltung des festländischen Europa in der Behandlung weltpolitischer Machtfragen. Geographisch gesprochen geht die Umklammerung von der großbritannischen Inselwelt aus in zwei Richtungen um den Erdteil: die eine, eine vorwiegend ozeanische, umgreift die atlantische und mittelmeeerische Seite und erstrebt über die vorderasiatische und ägyptische Landbrücke gleichzeitig die Verbindung des britisch-europäischen mit dem britisch-indischen Machtzentrum; die andere Klammer ist eine vorwiegend festländische, von der europäischen Eismeerküste der Nordatlantis aus über die breite russische Festlandswurzel und die uralokaspische Senke gleichfalls nach dem indischen Machtzentrum.

Weitaus am stärksten wirkt die britische Umklammerung Europas im Nordwesten vermöge der Lage der großbritannischen Inselwelt selbst. Sie legt sich quer vor Europas Haupttor, die Nordsee, über die der gesamte Überseeverkehr Nordeuropas und des weitaus größten Teiles von Mitteleuropa flutet. In keinem Meeressteile der Erde schließen sich die Schifffahrtslinien zu einem so dichten und so festen Bündel zusammen, in keinem ist der Schiffsverkehr so gewaltig entwickelt wie in diesem europäischen Randmeer des Atlantischen Ozeans. Das Bündel der Linien wird zu einem einzigen Strang am Hauptausgang, an der Straße von Dover—Calais. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß hier nahezu der gesamte Überseeverkehr Deutschlands, Skandinaviens, Nordrusslands, Hollands, Belgiens und des östlichen England sich hindurchzwängt, soweit er sich nicht zwischen diesen Ländern selbst abwickelt. Fast der gesamte Schiffsverkehr der großen Seehäfen Nordeuropas ist, da der Weg um Schottland unter normalen Verhältnissen ausscheidet, auf den Weg durch die franko-britische Meerenge angewiesen. Eine Beherrschung, möglichst eine alleinige Beherrschung des Nordseetores, kommt einer englischen Beaufsichtigung des gesamten nordeuropäischen Handels gleich, die zugunsten des englischen sehr wohl ausgenutzt werden könnte. Die „Kanalfrage“, d. h. die Frage der freien Durchfahrt durch die Straße und den „Kanal“ ins offene Meer, ist daher eine Lebensfrage nicht nur für Deutschland als dem wichtigsten und ausschlaggebenden Seehandelsstaat des festländischen Europa, sondern aller Staaten Nord- und Mitteleuropas. Ihr entspringt die für alle zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der genannten Staaten lebensbedingende weltpolitische Machtfrage, ob England weiter in der Lage sein soll, die Nordseesperre aufrecht zu erhalten oder nicht. Gemäß der geographischen

Lage der Inselwelt als ein vorgeschobener Posten im Nordwesten des Erdteiles ist ein Außendruck undenkbar; er kann nur von der inneren Linie aus erfolgen, der Angriffspunkt kann nur am „Kanal“ liegen. Hier einzugreifen wäre nach seiner Lage am ehesten Frankreich berufen. Aber seine weltpolitischen Ziele haben es, seit es durch England bereits Ende des achtzehnten Jahrhunderts mit dem Verlust Kanadas aus dem Bereich des nordatlantischen Ozeans stark hinausgedrängt wurde, nach anderen Richtungen gewiesen: es hofft heute und in Zukunft eine weltpolitische Sendung an den Gestaden des Mittelmeeres und in Westafrika zu erfüllen. Aberdies hat es am Atlantischen Ozean seine Westküste, die eine unmittelbare Abhängigkeit von Englands Sperre nicht erleidet. Eine gegen England gerichtete französische Politik würde viel lieber die Aufhebung der Mittelmeersperre bei Gibraltar betreiben müssen, als irgendetwas zu unternehmen, das die englische Machtstellung am „Kanal“ treffen würde. Es sei denn, daß England die günstige Gelegenheit seiner gegenwärtigen Bundesfreundschaft benutzte, sich in Calais auch über das Kriegsende hinaus festzusetzen. Aber selbst dann würde, so schmerzlich Frankreich den Verlust zweifelsohne empfinden müßte, eine stärkere politische Schädigung der Republik in ihrer atlantischen und Kanalstellung nicht eintreten, als sie ohnehin bereits durch die der Normandie vorgelagerten normannischen Inseln in Verbindung mit dem Flankenposten des Kriegshafens von Plymouth erreicht ist. Die Steigerung der englischen Vormachtstellung Dover—Calais würde nur die mittel- und nordeuropäischen Staaten diesseits jener Sperrlinie treffen.

Die Verankerung der britischen Inselmacht auf dem gegenüberliegenden Festlande bei Calais, dessen Besitznahme erstmalig Ende 1916 völlig unverblümt von der „Morning Post“, der „Daily Mail“ u. a. als unerläßliche englische Friedensbedingung gefordert wurde, wäre ein gewaltiger befestigter Brückenkopf, ein willkommenener Ersatz für das verlorene belgische „Sprungbrett“ gegen das Herz Europas. Er wäre bei einem Waffengang mit Frankreich oder mit sonst einer Festlandsmacht nicht nur ein dauernd drohendes britisches Ausfallstor, sondern das Inselreich hätte mit seiner Hilfe eine ungleich wirksamere Sperre errichtet, als es bei den gegenwärtigen Territorialverhältnissen möglich ist.

England, das sich schon heute auf dem Festlande fest verankert wähnt, reißt von hier aus seine Doppellammer um Europa.

Die südliche hatte bis zum Kriegsbeginn ihre Stützpunkte in Gibraltar, Malta, Cypern und Ägypten. Die Wirkung dieser Stützpunkte als Mittel einer Deckung des Hauptweges nach Indien durch Mittelmeer und Suezkanal ist bekannt; in Verbindung mit Englands politischem Einfluß in einzelnen Gestadeländern des Mittelmeeres vermochten sie jedes stärkere politische Hervortreten anderer europäischer Staaten als „Mittelmeermacht“ zu behindern. Das gilt insonderheit von Frankreich und Italien.

Der Krieg hat nun aber in diesen mittelmeerischen Machtverhältnissen eine bedeutsame Verschiebung veranlaßt. Das durch den langen und überaus starken Niderlaß entkräftete Frankreich wird in Zukunft nicht imstande sein, seine hervorragende Machtstellung im Westmittelmeer von neuem zu gewinnen, die es trotz der Gibraltar- und Malta-Umklammerung vermöge seiner Beherrschung der Nord- und Südküsten besaß. Italiens Wünsche nach Befriedigung seiner nationalen Eitelkeiten im Apennin und an der dalmatischen und albanischen Küste sind seit dem Einbruch in die Poebene zunichte geworden. Auch hier wird, wie in der romanischen Nachbarrepublik, infolge der allgemeinen wirtschaftlichen und militärischen Entkräftung eine Wendung nicht wieder zu erwarten sein. Sie wird zwar in beiden Ländern erhofft von der amerikanischen Hilfe. Aber sowohl in Paris wie in Rom hieße es doch Vogelstrauchpolitik treiben, wenn man des Glaubens wäre, daß die amerikanische oder angelsächsische Mithilfe selbstlos geschähe. Die angelsächsische Erwartung, beide Verbündete gerade durch das weitere Hineinziehen in den Krieg noch mehr zu entkräften und sie politisch wie wirtschaftlich noch mehr von britischer Politik und amerikanischem Golde abhängig zu machen, wird die Hoffnungen Englands nach einer festen Südumklammerung Europas in weitem Maße stärken.

Gibraltar ist die älteste Verankerung der Südeuropaklammer auf europäischem Boden. Das bis auf den heutigen Tag von rein spanischer Bevölkerung bewohnte Gebiet ist seit dem Handreich des Admirals Rooke im Jahre 1704 während des spanischen Erbfolgekrieges unumstrittener Besitz Englands. Alle Versuche, England diesen Felsenhorst wieder zu entreißen, sind vergeblich gewesen; ob dem neuen, vom Ministerpräsident Maura am 11. Juni 1918 in der Sitzung der Cortes verkündeten Anspruch, daß die spanische „Beherrschung der Meerenge für die Nation eine Notwendigkeit sei“, Erfüllung wird, bleibe dahingestellt. Daß England diesen Wünschen wird zu begegnen wissen, beweisen die Alarmnachrichten, die von spanischen Blättern verbreitet, zunächst zwar angezweifelt, dann aber ausdrücklich vom „Journal de Paris“ bestätigt wurden. Danach soll die englische Regierung den britischen Botschafter in Madrid angewiesen haben, persönlich ein Kaufrecht auf die südspanisch-andalusischen Eisenbahnlinsen, die die wichtigen Bergwerksgebiete durchziehe, zu erwerben. Die lächerliche, sich widersprechende Beschönigung, es handle sich bei diesem Vorgang lediglich um wirtschaftliche Maßnahmen zur Ausbeute der Erzbergwerke, „die in die Gewalt des Hauses Krupp kommen und damit den englischen Besitz gefährden“ könnten, keineswegs lägen politische oder strategische Gründe vor, bestärkt nur den Verdacht, daß England in Wahrheit auf einen größeren Schutz der Feste durch ein landsseitig umschließendes Hinterland hinstrebt. Es ist nach den neuerlichen Vorgängen zu erwarten, daß die spanische Regierung dieses Geschäft hintertreiben wird, zumal Spanien, wenn es sich zu einem kräftigen Entschluß aufrufen sollte, sehr wohl imstande wäre, die Meerenge zu beherrschen. Freilich sind zunächst die allgemeinen politischen Voraussetzungen noch zu ungünstig, als daß das iberische Königreich bereits auf einen Erfolg rechnen könnte. Das Problem könnte erst dann von Spanien ernstlich angepackt werden, wenn die Bedrängung der britischen Macht so stark geworden ist, daß sie sich eines neuen Gegners nur unter Aufbietung schwerster Opfer erwehren müßte.

Auf Grund der geographischen Tatsachen und der geschichtlichen Entwicklung steht die Beherrschung der Straße allein Spanien zu. Strategisch könnte die Beherrschung vor allem durch die im mittelmeeerischen Vorbecken der Straße gelegene Insel Alboran in Verbindung mit dem Besitz der 1911 an Spanien gefallenen marokkanischen Mittelmeerküste bewirkt werden.

Zunächst beweist England durch den immer stärkeren Ausbau der Feste, daß es nicht an ihre Aufgabe denkt. Im Gegenteil: die gleichfalls während des Krieges erfolgte Ungarnung Portugals und die durch englische Zeitungen gegangene Meldung, wonach Bissabon mit englischem Geld und englischen Geschützen befestigt werden soll, lassen nur zu deutlich den Kurs erkennen, den der Briten am portugiesischen Staatsruder steuert. Eine noch stärkere Eckverankerung der europäischen Südklammer wäre damit gewonnen, als sie Gibraltar allein bietet.

Malta, der vorzügliche Beobachtungsposten gegen allzu starke Ausdehnungsregungen Italiens im Mittelmeer, darf als nicht minder starker Haltepunkt der Südklammer angesehen werden. Seine politisch-strategische Wirkung gegen Italiens und auch Frankreichs Mittelmeergelüste ist öfter denn einmal in Erscheinung getreten; vor allem von Italien wird das übrigens von rein italienisch-arabischer Bevölkerung bewohnte Inselbollwerk immer empfunden werden als ein höchst unangenehmes Hindernis mitten auf der Verbindungslinie zwischen dem Mutterland und dem nordafrikanischen Besitz, dessen Stärkung und Erweiterung der gegenwärtig ins Ungemessene schweifende italienische Imperialismus erwartet. England freilich hat es glänzend verstanden, Italien mit Blindheit zu schlagen, indem es die imperialistischen Bestrebungen von den natürlichen Zielen in Malta und Tunis ableitete gegen Albanien und die sogenannte österreichische Triredenta in Syrien und Tirol. Die britische Mittelmeerklammer ist dadurch wesentlich gefestigt. In die gleiche englische Politik der Anebelung Südeuropas passen sich die Wünsche ein, die England auf Sardinien zu verwirklichen erstrebt, wenn es sich dort „zwecks weiterer Unterstützung Italiens“ (!!) einen Flottenstützpunkt, verbunden mit weitgehenden Landkonzessionen, einräumen läßt.

Im Südosten des Mittelmeeres dienten England bekanntlich die Beherrschung Ägyptens und der Besitz des nördlich als Flankendeckung vorgeschobenen Cypern in erster Linie zur Sicherung des Suezkanals und damit der Verbindung nach Indien, Tatsachen, die man vom englischen Standpunkt aus sehr wohl begreifen konnte. Die während des Krieges erfolgte Besetzung ägäischer Inseln aber steht diesen Zielen britischer Mittelmeerpolitik fern. Wohl hatte ihre Besetzung Sicherungswert gegen einen allzustarken Vorstoß Rußlands in das Mittelmeer, falls ihm die von England selbst zugesicherte und an den Dardanellen erstrebte Besitznahme Konstantinopels geglückt wäre. Nach der Zertrümmerung des Zarenreiches entfiel dieser von England unverblümt ausgesprochene Zweck. Heute dienen sie dazu, die Südflammer Englands enger und fester um Europa zu ziehen, als es die strategische Linie Malta—Ägypten—Cypern vordem vermochte. Sie werden jetzt in England als die Sperrbollwerke gegen die nach Südosten drängende Machterweiterung Deutschlands und Österreichs gewertet; ihre Wirkung richtet sich aber natürlich vermöge ihrer Lage ebensogut gegen ein etwa in Zukunft sich wieder aufrichtendes Rußland und gegen Griechenland, dessen britische Umflammerung bereits völlig durch Saloniki und die Besetzung einiger Ionischer Inseln erreicht ist. Es hat das Schicksal Portugals teilen müssen und wird voraussichtlich als zweite südeuropäische Festlandsverankerung der britischen Klammer dienen sollen.

In wessen Macht steht es, die Südflammer, die England um Europa von der Mündung des Tajo bis zu den Dardanellen gelegt hat, zu sprengen? Das sind weltpolitische Probleme, deren Lösung der Zukunft vorbehalten bleiben müssen; aber sie können resillos sicher erst gelöst werden, wenn ein Gemeinschaftsgefühl alle festländischen Europastaaten wider England zusammenschließt, das sich, je länger der Krieg währt, um so offenkundiger als der wahre Feind Europas zeigt.

Dieses Gemeinschaftsgefühl, das die mittelmeerischen Staaten binden müßte, um dem englischen Druck entgegenzutreten, müßte sich auch bei den Anliegern der nördlichen Europanordmeere, der Nord- und Ostsee, regen, wenn die natürliche Lagesperre, die England immer ausübt, in Zukunft gemildert werden soll. Nur ein zusammengefaßter einheitlicher Druck von der inneren Linie aus vermöchte hier Wirksamkeit zu erlangen. Da diese Möglichkeit nicht als eine unbedingte Utopie erscheint, mindestens nicht in Bezug auf die germanischen Staaten um die östliche Nordsee und um das baltische Meer und die wirtschaftlich an sie gebundenen Nachbarn, so ist England um so mehr darauf bedacht, einem etwa aus der inneren Linie vorbrechenden Widerstand durch eine strategisch oder politisch gefestigte Sperre entgegenzutreten. Dahin zielen seine Bestrebungen gegen Island und Norwegen ebensogut wie gegen Rußland.

Die Isländische Frage tauchte erstmalig während des Krieges Ende 1917 auf, als bekannt wurde, daß in Island eine Selbstständigkeitsbewegung sich von neuem rege. Daß diese Bewegungen im Sinne, wenn nicht unter dem Zwange Englands erfolgten, wurde zwar in Anlehnung an die seit 15 Jahren hervortretenden und schon damals von England gestützten Loslösungsgelüste der Isländer angenommen; offenkundig zutage trat diese Tatsache aber erst, als eine Abordnung der Isländischen Regierung im Mai d. J. in England weilte und in Verhandlungen mit englischen, usamerikanischen, französischen und italienischen Vertretern eintrat. Der Beteuerung Reuters, daß die dort getroffenen Vereinbarungen keinerlei politische Bedeutung besäßen, ist der gleiche Wert zuzumessen, wie jener gelegentlich des südspanischen Eisenbahnkaufes. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von England erzwungene wirtschaftliche Trennung der Insel von Dänemark nur der Anfang einer vollen politischen sein wird. Auf der Grundlage der bereits begonnenen politischen Loslösung laut Vertrag vom Juli d. J., der am 1. Dezember in Kraft treten soll, dürfte die politische Annäherung an England sich schnell vollziehen. Die vertraglich verbürgte dauernde Neutralität Islands wird für England ebensowenig ein Hindernis politischer Durchdringung sein, wie die völkerrechtlich noch heute bestehende Zugehörigkeit Ägyptens zur Türkei es gewesen ist. Der britische Besitz oder doch mindestens die politische Abhängigkeit Islands

schließt die von Schottland aus nordwärts verlaufende äußere Nordseesperrlinie, die in Spitzbergen nach britischen Wünschen ihren Abschluß erreichen soll. Diese Wünsche, die seit der ersten Spitzbergen-Konferenz 1910 nur zeitweilig, bei uns fast unbeachtet, laut wurden, traten aufs schärfste zutage, als der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest-Litowsk auch Spitzbergens Erwähnung tat und eine internationale Regelung der Frage forderte. Sie erhalten ihre politische Bedeutung, wenn man die in erster Linie wirtschaftlich begründete britische Forderung einer Besitznahme mit der Islandfrage in Verbindung bringt.

Mit der vorläufigen Lösung der isländischen Frage durch den jüngsten Vertrag ist nicht nur das Programm der neuen „jungdänischen Vereinigung“ gefördert, die Dänemark in Zukunft die wirtschaftliche Vermittlerrolle zwischen Europa und Kanada auf dem Wege über die Färöer, Island und Südgrönland zuweisen will, sondern die britische Nordsee-Sperrlinie ist verdoppelt; denn eine zweite, innere Sperrlinie zielt von den Shetlandsinseln auf die norwegische Küste. In jüngster Zeit wird von der englischen Regierung mit allen Kräften der Versuch unternommen, Norwegen zum Verkauf der Lofoten zu bewegen, womit der stärkste Pfeiler der bereits früher erstrebten „nordischen Brücke“ zwischen England und Rußland errichtet wäre, nachdem der Bau der südlicheren gescheitert ist. Diese sollte bereits vor dem Kriege in einer zunächst engen Verkehrsverbindung zwischen England und Rußland bestehen, um die „nordischen Dardanellen“ zu umgehen und damit Deutschland aus einem großen Teil des europäischen Verkehrs von West nach Ost und umgekehrt auszuschalten. Auf der vom schwedischen Reichstag unterstützten Linie London—Göteborg—Stocholm—Petersburg (teilweise durch Dampffähre) mit dem weiteren Ziel Peking hoffte man eine festere Anbahnung zwischen England und Rußland zu erreichen. Schweden wäre dann wohl zweifellos ein Opfer politischer Zerdrückung geworden.

In der gleichen Richtung bewegten sich auch die noch während des Krieges von England ausgehenden Versuche, die Islandsfrage im britisch-russischen Sinne zu lösen und sich auf Osel, Dagö und in Estland und Livland festzusetzen, wodurch die von Deutschland nach Finnland und Nordschweden gerichtete lebensnotwendige wirtschaftliche Kraftlinie (Erze, Holz usw.) unterbunden worden wäre. Ist es glücklicherweise gelungen, diese Nord- und Mitteleuropa bedrohende Gefahr der britischen Knebelung abzuwenden, so bleibt die der nördlichen „Versiegelung der Nordsee“ durch die Doppellinie Schottland—Island—Spitzbergen (äußere Sperrlinie) und Schottland—Shetlandsinseln—Lofoten (innere Sperrlinie) aufrechterhalten.

Sollte — was man hoffen darf — die politische Einsicht in Norwegen siegen, so würde die innere Sperrlinie immer noch bestehen bleiben, wenn Rußland nicht die Kraft aufbringt, sich der englischen Besetzung der Murmanküste und Archangelsk zu erwehren. Zwar würde sie des England nahen Festpunktes der norwegischen Küste ermangeln, aber dieser Mangel würde durch den Umfang der nordrussischen Machtphäre wettgemacht worden sein, die die Küstengebiete des Weissen Meeres einschließlich der Murmanbahn umfaßt, d. h. mindestens eine Fläche, die die Großbritanniens selbst erheblich übertrifft und die, was das wichtigste ist, das einzige, während des ganzen Jahres eisfreie Einfallstor vom nördlichen Meere nach Osteuropa darstellt. Wie weit nun aus den gegenwärtigen völlig zerfahrenen Verhältnissen im inneren Rußland sich politische Gebilde mit klarem Willen entwickeln, ruht noch gänzlich im Schoße der Zukunft. Aber so viel darf als sicher angenommen werden, daß England die Wirrnisse so auszunutzen versuchen wird, wie ihm die Bervollständigung seiner politischen Ziele wider Europa es vorschreibt. Die unverhohlenen eingestandene Unterstützung der gegenrevolutionären Bewegung und der mit Erfolg gegen die augenblicklich herrschende Räte-Regierung operierenden Tschecho-Slowaken erfolgt zwar unter der Losung, die angeblich bevorstehende wirtschaftliche und politische Durchdringung Rußlands durch Deutschland zu verhindern, hat aber letzten Endes das weitgespannte Ziel im Auge, einen neuen britischen „Reservebeweg“ nach dem Inneren

und Süden Asiens zu eröffnen, der die Umflammerung Europas im Osten vollenden wird, wenn hier die britischen Wünsche dereinst in Erfüllung gehen sollten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser neue nordrussisch-kaspische Handweg nach Indien, obgleich er zunächst nur als eine Maßnahme des angekündigten Wirtschaftskrieges „nach dem Kriege“ gelten soll, in Zukunft auch eine gänzlich englisch orientierte Politik der eurasischen Grenzgebiete zur Folge haben kann. Die schon lange vor dem Kriege zeitweilig fast einen Bruch zwischen England und Rußland verursachende persische und armenische Frage würde im Zusammenhang mit diesen britisch-festländischen Bewegungen in ganz neues Licht gerückt werden. Die Völker Kaukasiens, Persiens und Turkestans, politisch durchaus unreif und jedes selbständigen politischen Handelns unfähig, könnten durch eine geschickte Leitung sehr wohl in eine Richtung gedrängt werden, die den britischen Wünschen in jeder Weise entgegenkommt. Man kann diese daraus erwachsende Gefahr ermessen, wenn man bedenkt, welche starke wirtschaftliche Notwendigkeiten die reichen kaukasischen Ölgebiete und die turkestanischen Baumwollkulturen für Mitteleuropa darstellen. Die Festigung der Beziehungen der gegenwärtig englandfeindlichen Mächte zu den werdenden kaukasischen Gebilden bedeutet ein starkes Gegengewicht gegen etwa in Zukunft schärfer sich kristallisierende Pläne Englands im Osten. Die „persische Frage“, ehemals lediglich ein Streitobjekt politischer Erwägungen zwischen England und Rußland, hat durch die gegenwärtigen Zuspitzungen der politischen Vorgänge im eurasischen Grenzsaum ein gänzlich neues Gesicht bekommen. In Persien und Turkestan, sowie an den Bergen Armeniens und des Kaukasus wird sich in Zukunft entscheiden, ob England die beabsichtigte Verbindung Murman—Indien über die eurasischen Wurzellande wird erlangen können, oder ob der kaukasisch-armenische Block sich als ein europäischer Sturmbock erweist gegen britische Pläne, die allen festländisch-europäischen Interessen entgegengesetzt sind und die England als den wahren Widerfacher Europas erkennen lassen.

Die Umflammerung Europas durch England dient niemals europäischen Interessen. Die englische Politik ist noch niemals so selbstlos gewesen, daß sie die eigenen Interessen etwa allgemein-europäischen hintangestellt hätte. Das England von heute beurteilt alle politischen Regungen noch weit mehr vom selbstüchtigtsten Standpunkt aus als das England von ehemals, weil heute nicht nur das Dasein eines Inselreiches von wenigen Zehntmillionen, sondern das des größten Weltreiches mit Hunderten von Millionen auf dem Spiele steht, dessen Einzelglieder mehr als ehemals Selbständigkeitsgelüste offenbaren. Sie zu dämpfen, ohne doch durch Widerspruch eine Gefahr für den Bestand des Gesamtreiches heraufzubeschwören, die Dominien zu einem Ganzen zusammenzuschweißen, selbst unter Aufgabe altbewährter Überlieferungen (Zollpolitik), stellt die britische Politik vor die schwierigsten Aufgaben. Gerade darum ist das England von heute nicht mehr europäisch interessiert; seine „planetarische“ Stellung hat es vielmehr zu Europa in Gegensatz gebracht. Dieser Gegensatz aber fördert nur die Auslieferung des alten Kulturerteils an die volle Abhängigkeit vom reinsten Angelfachsentum, dessen weltpolitische Pläne, je länger der Krieg währt, um so klarer in Erscheinung treten und genügend beachtet werden sollten. Die Einmischung der usamerikanischen Politik in rein europäische Angelegenheiten, z. B. in der marokkanischen und armenischen Frage (Ankauf von Ländereien in Marokko, in Verbindung damit Besetzung der Azoren und Madeiras; beabsichtigte Aufsicht Armeniens durch die Vereinigten Staaten) zeigt auch von jener Seite aus die Richtung, in der die neue Weltbeglückungspolitik sich zu bewegen gedenkt.

